

Sechzehnte Sitzung – Seizième séance

Donnerstag, 18. März 2010

Jeudi, 18 mars 2010

15.00 h

10.3081

Motion Wyss Ursula. Finanzkrise und UBS. Einsetzung einer PUK

Motion Wyss Ursula. Crise financière et UBS. Institution d'une CEP

Einreichungsdatum 11.03.10

Date de dépôt 11.03.10

Nationalrat/Conseil national 18.03.10

Wyss Ursula (S, BE): Die Motion, die Ihnen vorliegt, ist eine gemeinsame Motion der SP-, der SVP- und der grünen Fraktion. Entstanden ist sie, damit ein Ausweg aus der verfahrenen Situation zwischen dem Büro des Nationalrates und dem Büro des Ständerates gefunden werden kann. Mit dieser Motion, die Ihnen von unserem Büro mit 9 zu 4 Stimmen zur Annahme empfohlen wird, haben wir jetzt die Möglichkeit, eine erste inhaltliche Diskussion zu führen und den Grundsatzentscheid über die Einsetzung einer PUK zu fällen.

Über das Verfahren brauchen wir uns nicht mehr zu unterhalten. Wir haben einen regelkonformen und effizienten Weg gefunden, um die Diskussion in unserem Rat noch in dieser Session zu führen, ohne den Ratsbetrieb unnötig zu belasten. Dass der Ständerat erst in der Sommersession entscheiden will, ist schade, aber zu akzeptieren.

Die aktuellen UBS-Schlagzeilen machen klar, dass die Frage der Einsetzung einer PUK an Aktualität nicht verliert, sondern die Notwendigkeit immer offensichtlicher wird – von den exorbitanten Boni ans verantwortliche Management, die in Zeiten der Abhängigkeit vom Staat und des Verlustes von Milliarden ausbezahlt werden, bis hin zur aktuellen Ankündigung der UBS, sie wolle an der nächsten Generalversammlung Decharge für die alte Managerriege beantragen, als wäre nichts geschehen. Für Ospel, Kurer, Rohner, für all diejenigen, welche für das Debakel verantwortlich sind, an dem der Staat, an dem die Wirtschaft, an dem die Steuerzahlenden heute noch massiv zu leiden haben, all diesen Verantwortlichen will die UBS jetzt also einen Blankoscheck ausstellen, damit sie ja nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können.

Die Finanzbranche, die UBS – sie beweisen es uns täglich – haben aus der Krise wenig gelernt. Wir aber haben die politische Verantwortung, wir haben aus der Krise die politischen, die institutionellen Lehren zu ziehen. Dafür müssen wir Transparenz schaffen, hinschauen und die Verantwortlichkeiten klären. Auf Transparenz hat die Öffentlichkeit, haben die Steuerzahlenden ein Anrecht.

Bundesrat Merz meinte gestern Abend in der Sendung «Classe Politique» von SF DRS, man solle die früheren UBS-Verantwortlichen endlich zur Rechenschaft ziehen, und sagte, es ärgere ihn, dass dies bisher noch nicht getan worden sei. Es bringt reichlich wenig, vor laufender Kamera die Machenschaften des Finanzplatzes zu beklagen, aber hier, wo wir die Möglichkeit haben zu handeln, nichts zu tun.

Noch nie musste der Staat – und somit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – ein einziges Unternehmen mit mehr

als 60 Milliarden Franken vor dem Untergang retten. Noch nie gab es eine solche Abhängigkeit zwischen einem Unternehmen und dem Staat, wie das heute der Fall ist. Durch diese aussergewöhnliche Situation sind massive institutionelle Mängel zum Vorschein gekommen. Diese institutionellen Mängel, diese verheerende Abhängigkeit zwischen einem Unternehmen und dem Staat, zwischen dem Staat und den Grossbanken, haben uns in die aktuelle Krise geführt. Das Parlament hat die oberste Verantwortung, die Vorkommnisse zu klären und diese institutionellen Fehler auszuräumen. Dafür brauchen wir, der Tragweite der Vorkommnisse entsprechend, das stärkste Instrument, das uns zur Verfügung steht. Das ist die PUK. Ich bitte Sie also sehr, der Mehrheit des Büros zu folgen und dieser Motion heute zuzustimmen.

Graf-Litscher Edith (S, TG), für das Büro: Am 5. Januar dieses Jahres beschloss das Büro Ihres Rates mit 9 zu 4 Stimmen, eine parlamentarische Initiative zur Einsetzung einer PUK einzureichen, welche die Amtsführung des Bundesrates, der Verwaltung und der Finanzmarktaufsicht sowie die Entscheide der Schweizerischen Nationalbank bei der Überwachung und Regulierung des Finanzsektors untersuchen soll, insbesondere im Zusammenhang mit der Finanzkrise und der UBS und im Rahmen der internationalen Beziehungen. Es soll dabei vor allem aufgezeigt werden, wie es zur Herausgabe von 285 UBS-Kundendossiers an die USA im Februar 2009 sowie zum Abschluss des Staatsvertrages Schweiz-USA am 19. August 2009 und der darauf basierenden widerrechtlichen Gewährung von Amtshilfe gekommen ist. Die PUK soll die Verantwortlichkeiten klären und aufzeigen, welche institutionellen und gesetzgeberischen Schlüsse zu ziehen sind, damit die Bundesbehörden in Zukunft ihre Aufgaben im Finanzbereich wahrnehmen und Krisen abwenden können.

Wichtig ist: Die PUK bezieht die bisherigen Abklärungen der Geschäftsprüfungskommission in ihre Arbeiten mit ein. Es ist der Mehrheit des Büros ein besonderes Anliegen, auch darauf hinzuweisen, dass es in keiner Hinsicht darum geht, die bisherige und künftige Arbeit der GPK nicht zu würdigen. Tatsache ist jedoch, dass einer PUK ein umfassendes Einsichtsrecht und erweiterte Informationsrechte sowie auch genügend personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Im Weiteren erhielt das Büro des Nationalrates Ende Januar sowohl von der Präsidentin der Finanzkommission als auch vom Präsidenten der Kommission für Wirtschaft und Abgaben einen Brief. Die beiden Kommissionspräsidenten baten das Büro, an der Sitzung vom 5. Februar die Frage der Einsetzung einer PUK zu traktandieren.

Gleichzeitig luden die beiden Präsidien das Büro ein, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit der Bundesbeschluss, über welchen die PUK eingesetzt wird und in welchem der Auftrag festgelegt wird, bereits während der Frühjahrssession verabschiedet werden kann. Sie wissen es: Nach dem Parlamentsrecht braucht es eine PUK, wenn Vorkommnisse von grosser Tragweite der Klärung bedürfen. Die Vorgänge, um die es hier geht, sind von grosser staatspolitischer Bedeutung und bedürfen der Klärung. Vor allem sollen auch die Lehren für die Zukunft gezogen werden.

Da die Diskussion auf anderem Weg verhindert wurde, hat Frau Ursula Wyss eine Motion eingereicht, über die wir jetzt diskutieren. Diese Motion wurde von der Fraktionspräsidentin der Grünen und vom Fraktionspräsidenten der SVP mitunterzeichnet. Die Motion ist textlich identisch mit der parlamentarischen Initiative, nur ein Satz ist nicht mehr vorhanden, und zwar derjenige, wonach die Resultate der PUK bis Ende 2010 vorliegen sollen. Auf diesen Satz verzichtet die Motion bewusst.

Am 17. März beschloss das Büro des Nationalrates mit 9 zu 4 Stimmen, Ihnen die Motion zur Annahme zu empfehlen. Mit 7 zu 6 Stimmen beschloss das Büro, die Motion noch in der laufenden Session zu traktandieren. Bewusst hat sich das Büro für eine schlanke Debatte in der Kategorie IIIb entschieden.

Parmelin Guy (V, VD), pour le Bureau: Suite à la décision, confirmée, du Bureau du Conseil des Etats de suspendre le traitement de l'initiative parlementaire 10.401 émanant de notre Bureau et ayant trait à l'instauration d'une commission d'enquête parlementaire (CEP), le Bureau du Conseil national a été saisi de la présente motion ayant trait au même sujet.

Pour mémoire, cette commission d'enquête parlementaire aurait pour mission de faire toute la lumière sur les événements consécutifs à la crise financière, à l'affaire UBS, aux interventions et décisions des différentes institutions politiques et judiciaires de notre pays.

Le Bureau a décidé de porter cette motion à l'ordre du jour de cette session afin qu'une discussion sur le fond, certes incomplète, puisse tout de même avoir lieu au sein du Conseil national sur un sujet considéré comme fondamental pour notre pays.

Il faut quand même rappeler ici la genèse de ce dossier qui aboutit à ce qu'aujourd'hui notre conseil débâte enfin de l'instauration d'une CEP.

L'objectif de la majorité des membres du Bureau a toujours été de mettre en branle la procédure menant à cette commission d'enquête parlementaire et à faire en sorte que les deux chambres puissent s'accorder sur ce sujet durant la session de printemps encore. C'était la justification de l'initiative parlementaire du Bureau du Conseil national. Mais celui-ci, pour aller de l'avant, devait avoir l'approbation du Bureau du Conseil des Etats. Ce dernier a suspendu, dans un premier temps, sa décision, en argumentant qu'il fallait laisser le groupe de travail baptisé «Crise des marchés financiers», issu des Commissions de gestion des deux conseils, terminer les auditions prévues ainsi que son rapport, et pouvoir le rendre public avant d'aller de l'avant.

La conséquence immédiate et directe était qu'il devenait impossible aux deux chambres de prendre une décision commune définitive durant cette session de printemps afin de poursuivre la procédure. Notre Bureau a alors sollicité son alter ego du Conseil des Etats afin de tenter de le convaincre de prendre une décision – positive ou négative – par rapport à l'initiative parlementaire pendante, ce qui aurait permis de débloquent la situation et à notre conseil d'entreprendre les travaux sur ce dossier. Les travaux du groupe de travail des Commissions de gestion auraient pu ainsi se poursuivre sans entraves, en parallèle, et le rapport aurait pu être publié comme prévu le 31 mai 2010. Le Conseil des Etats gardait, lui, toute latitude de se rallier ou non à la décision d'instituer une CEP et, le cas échéant, ou de tout refuser, ou de modifier le mandat afin de l'adapter au résultat des travaux issus des rapports des groupes de travail des deux Commissions de gestion.

Le Bureau du Conseil des Etats ayant décidé de maintenir sa décision de suspendre ses travaux et donc de bloquer ce dossier, c'est par le biais de la motion que nous sommes en train de traiter aujourd'hui qu'il est possible d'ouvrir le débat sur ce sujet et, par un vote, de permettre à notre conseil de faire connaître sa position sur le fond. On peut tempêter, déplorer et regretter cette situation, mais c'est ainsi et il faut en prendre acte.

Sur le fond, la motion a été approuvée, par 9 voix contre 4, au sein du Bureau de notre conseil, et la décision de porter cette motion à l'agenda de notre conseil cette session encore n'a été prise qu'à une voix près, soit 7 voix contre 6.

Au nom de la majorité du Bureau, je vous propose donc d'adopter la motion Wyss Ursula telle qu'elle vous est soumise.

Grunder Hans (BD, BE): Die Motion, die wir hier behandeln, ist nach Ansicht der BDP-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt überflüssig. Sie ist unnötig. Wir bräuchten die Zeit eigentlich für andere Sachgeschäfte, aber die Zwängerei ist gelungen. Das Büro hat das System strapaziert; das Zweikammersystem, das sich klar bewährt hat, wurde nicht respektiert. Mit der Methode eines dringlichen Vorstosses wurde erreicht, dass wir uns jetzt die Zeit nehmen und über diese Motion debattieren müssen. Es ist interessant und auch symptoma-

tisch für das heutige politische Klima: Gestern haben sich die Linke und die Rechte geprügelt bis zum Gehnichts mehr, heute liegt nun ein Vorstoss vor, der den Absender «Rechts und Links» trägt. Das zeigt, dass Politik hier im Moment nicht im Sinn von Sachpolitik, sondern im Sinn einer Schau für das Volk betrieben wird. Aber ich bin überzeugt, dass das Volk differenzieren kann. Unser System wird strapaziert, aber diese Motion liegt nun einmal vor, und wir müssen uns damit befassen.

Die GPK ist, ich habe es schon einmal gesagt, seit mehreren Monaten intensiv an der Arbeit und hat sich dieser Problematik angenommen. Sie hat bereits sehr viele Anhörungen gemacht, in der nächsten Zeit werden sehr viele weitere Anhörungen folgen. Sie haben es gehört: Diese Debatte heute, diese Motion hat im Moment, auch wenn wir ihr wahrscheinlich dank den Links- und Rechtspolen zustimmen werden, überhaupt keine Wirkung, weil sich der Ständerat frühestens in der Sommersession damit befassen wird. Zu diesem Zeitpunkt wird der Bericht der GPK wie angekündigt vorliegen, die Resultate werden vorhanden sein.

Somit ist das von der Motion verlangte Vorgehen überhaupt nicht zielführend. Die Arbeit der GPK ist sehr viel zielführender. Wenn Frau Wyss immer wieder sagt, wir seien in einer grossen Krise und es bestehe dringend Handlungsbedarf, warum unterstützt sie dann nicht das Vorgehen der GPK? Denn wir haben es jetzt schwarz auf weiss vor uns: Die Resultate der GPK werden so oder so früher vorliegen. Wir werden sie Ende Mai würdigen können. Es ist dann an uns zu entscheiden, ob die Resultate genügend sind oder ob es eine Motion braucht. Wenn die Resultate der GPK ungenügend sind, dann ist auch die BDP-Fraktion ganz klar der Meinung, dass es eine PUK braucht, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Dannzumal ist es früh genug. Ich hoffe, dass es keine braucht, und ich bin eigentlich zuversichtlich. Damit hätten wir in diesem Parlament effizient gearbeitet und auch sehr viele Kosten gespart.

Frau Wyss, es ist auch illusorisch zu meinen, die PUK, die da eingesetzt werden müsste, hätte dann Kompetenzen wie ein Gericht und könnte die Verantwortlichen – Sie haben Herrn Merz zitiert – verurteilen. Das wird nicht möglich sein. Es ist eine ganz andere Schiene, die da allenfalls befahren werden muss.

Ich beantrage Ihnen ganz klar, zum jetzigen Zeitpunkt dieser Motion nicht zuzustimmen. Auch wir wollen Transparenz. Wir wollen, dass die Fakten auf den Tisch kommen. Aber diese Fakten – davon sind wir heute überzeugt – kommen mit der Arbeit der GPK auf den Tisch. Noch einmal: Wenn das nicht der Fall sein sollte, ist es in der Sommersession früh genug, eine PUK einzusetzen.

Ich bin immerhin glücklich darüber, dass diese Debatte keine Resultate bringt. Wir müssen so oder so bis im Juni warten. Ich bin überzeugt, dass eine PUK dannzumal unnötig sein wird.

Rime Jean-François (V, FR): Monsieur Grunder, vous avez critiqué la droite de ce Parlement. J'aimerais quand même que vous nous rappeliez bien qui sont les électrices et les électeurs qui vous ont permis de siéger dans cette enceinte et de nous critiquer!

Grunder Hans (BD, BE): Die Wählerinnen und Wähler, die mich gewählt haben, kenne ich ganz genau! Aber ganz sicher! Ich werde Ihnen das in anderthalb Jahren beweisen, Herr Rime, dann können Sie die Frage nochmals stellen. Ich habe nicht gesagt, dass mit dieser Motion ein Unrecht begangen worden sei. Aber es ist eine absolute Zwängerei – dazu stehe ich. Das Büro des Ständerates hat genau gleich viel zu sagen wie das Büro des Nationalrates.

Baader Caspar (V, BL): Unsere Fraktion beantragt Ihnen entsprechend der Mehrheit des Büros, der Motion für die Einsetzung einer PUK zuzustimmen, und zwar heute. Es ist bezeichnend für die BDP, Herr Grunder, dass Sie heute finden, diese Diskussion sei überflüssig. Für uns ist es wichtig, dass dieser Rat sich noch in dieser Session darüber ausspricht

und einen Beschluss fasst. Wir wollen wissen – dies an die Adresse Herr Grunders und anderer, die hier angesprochen sind –, wer sich in diesem Saal nach all den öffentlichen Verlautbarungen nun wirklich zu Transparenz bekennt und wer für echte und vollständige Aufklärung der Fakten eintritt.

Es ist inakzeptabel, dass in einer solch wichtigen Frage das Büro des anderen Rates die rasche Behandlung einfach blockiert, indem es seinen Entscheid betreffend die vom Büro des Nationalrates beschlossene parlamentarische Initiative in die Sommersession hinausschiebt.

Eine PUK ist das wichtigste Instrument der parlamentarischen Oberaufsicht. Eine solche kann eingesetzt werden, wenn Vorkommnisse von grosser Tragweite einer Klärung bedürfen. Für unsere Fraktion sind die Ereignisse rund um die UBS und vor allem um die illegale Herausgabe von Bankkundendaten das grösste derartige Ereignis in den letzten sechzig Jahren in unserem Land, und zwar sowohl finanziell wie auch institutionell gesehen. Noch nie haben in einem einzelnen Fall der Bund mit 6 Milliarden Franken Steuergeldern und die Schweizerische Nationalbank mit 40 Milliarden Franken Volksvermögen intervenieren müssen, um eine einzelne Bank und in deren Sog die ganze Schweizer Volkswirtschaft zu retten, und dies alles nur, weil das Management in dieser Bank Misswirtschaft betrieben und den Anstand verloren hat.

Noch viel gravierender als das finanzielle Engagement ist aber die Gefahr, dass unser Wirtschafts- und Finanzplatz wegen der Misswirtschaft der Verantwortlichen massiven und dauerhaften Schaden erleidet und riesige Geldabflüsse hinnehmen muss, weil das Vertrauen in die Schweiz verlorengeht. Plötzlich werden wesentliche Institutsgarantien wie der Schutz des Privateigentums, der Schutz der Privatsphäre und vor allem auch die Rechtsstaatlichkeit zur Disposition gestellt und stehen vor dem Zerfall. Wir sind nicht bereit, dies hinzunehmen, und werden uns in den kommenden Monaten vehement für das Bankgeheimnis, für das Erfordernis der doppelten Strafbarkeit und für den Schweizer Rechtsstaat einsetzen.

Es geht um die Glaubwürdigkeit unseres Landes, und die Glaubwürdigkeit des Landes muss über den Anliegen einer Bank stehen. Es darf nicht sein, dass eine Bank die Glaubwürdigkeit eines ganzen Landes in Misskredit bringt. Daher wird die SVP vollkommene Transparenz verlangen. Sie will, dass aufgeklärt wird, wie es dazu kommen konnte, dass die UBS den Bundesrat und dieser sogar die oberste Bankenaufsichtsbehörde in unserem Land, die Finma, dazu missbrauchen konnte, dass diese im Widerspruch zu unserem Bankkundengeheimnis und im Widerspruch zum bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA widerrechtliche Anordnungen treffen konnte. Es gilt zu klären, weshalb die Finma 250 Bankkundendaten an die USA auslieferte, ja wie es zu dieser «fishing expedition» bei 4500 Bankkundendossiers kommen konnte, die dann im Abschluss des Staatsvertrages des Bundesrates mit den USA vom 19. August 2009 gipfelte. Sowohl die erste Bankkundendaten-Herausgabe als auch die auf den Staatsvertrag gestützte Herausgabe sind vom Bundesverwaltungsgericht klar als widerrechtlich bezeichnet worden.

Nur wenn wir in dieser Sache vollständige Transparenz haben, die nur durch das oberste Aufsichtsorgan unseres Landes, nämlich durch eine PUK, wiederhergestellt werden kann, können wir für die Zukunft die notwendigen Lehren ziehen und den gesetzgeberischen Handlungsbedarf wirklich beurteilen.

Daher empfiehlt Ihnen die SVP-Fraktion, die Motion anzunehmen.

Grunder Hans (BD, BE): Herr Baader, zuerst eine Vorbemerkung: Es ist schön, dass Sie in diesem Saal einmal unseren Parteinamen über die Lippen gebracht haben. Jetzt zu meiner Frage: Sind Sie nicht auch der Meinung, dass die Schweiz – auch der Bundesrat – diese Finanzkrise im Vergleich zu den ausländischen Nachbarstaaten mustergültig gemeistert hat?

Baader Caspar (V, BL): Herr Grunder, sind Sie sich eigentlich bewusst, welche institutionellen Garantien damit aufs Spiel gesetzt worden sind? Der Schutz der Privatsphäre, das Bankkundengeheimnis, aber auch der Schutz des Privateigentums und schliesslich – und das ist das Wichtigste – die Rechtsstaatlichkeit unseres Landes haben arg gelitten, sonst würden nicht Milliarden von Franken dieses Land verlassen. Das Vertrauen in die Schweiz müssen wir wiederherstellen, und ich bitte Sie auch, mitzuhelfen, dass diese Institute wiederhergestellt werden. Und hören Sie endlich auf, in der Öffentlichkeit zu erzählen, das Bankkundengeheimnis müsse abgeändert werden!

Huber Gabi (RL, UR): Nicht überraschend hat sich gestern das Nationalratsbüro, selbstverständlich ohne die Stimmen der FDP-Liberalen, für diese Motion zur Einsetzung einer PUK und für die Traktandierung auf der heutigen Tagesordnung ausgesprochen. Die Motion ist ein Frustrationsventil, das man offenbar braucht, weil das Ständeratsbüro die praktisch gleichlautende parlamentarische Initiative erst in der Sommersession behandeln wird. Man will jetzt einfach den Kropf leeren, im vollen Wissen, dass mit dieser Motion und dieser Debatte der eigentliche Entscheid über eine PUK kein bisschen schneller gefällt werden kann. Der Entscheid über Ja oder Nein zu einer PUK wird so oder so, mit oder ohne diese Motion, erst in der Sommersession gefällt. Das weiss die Motionärin, und das wusste die Mehrheit des Nationalratsbüros ganz genau, sie haben es ja nicht einmal bestritten. Es geht also gar nicht mehr um die Sache, sondern einzig und allein um ein möglichst lautes Getöse.

Die FDP-Liberale Fraktion will ebenfalls Transparenz bezüglich der Vorgänge in der Finanzkrise. Dieses Ziel kann rasch erreicht werden. Die GPK soll ihre Untersuchung beenden und im Mai vorlegen. Die GPK-Arbeitsgruppe ist schon seit einem Jahr an der Arbeit und hat an 14 Sitzungen 28 Anhörungen durchgeführt. Laut ihrem Zwischenbericht vom 3. März kommt die Anhörung aller Vertreter problemlos zustande, und sie hat auch Zugang zu allen benötigten Informationen. Würde eine PUK eingesetzt, wäre eine Fortsetzung der Arbeiten durch die GPK bekanntlich ausgeschlossen. Der letzte Satz der Motion, «Die PUK bezieht die bisherigen Abklärungen der Geschäftsprüfungskommissionen in ihre Arbeiten ein», ist eine Augenwischerei, denn wenn sich die Motion schon auf die GPK-Arbeiten bezieht, sollte der Auftrag der Motion mindestens mit dem Auftrag der GPK kohärent sein. Die Fragestellungen der Motion sind jedoch ein willkürliches Sammelsurium, wogegen der Auftrag der GPK-Arbeitsgruppe logisch und stringent ist.

Ihre Inspektion betrifft einerseits das Verhalten der Bundesbehörden unter verschiedenen Aspekten und andererseits die Frage, wie die Behörden mit den Informationsbegehren der amerikanischen Behörden umgingen.

Die Motion ist eine Desavouierung der parlamentarischen Aufsichtskommission und damit der Fraktionsmitglieder, die Teil der GPK-Arbeitsgruppe sind. Die FDP-Liberale Fraktion will volle Transparenz über die Geschehnisse, und zwar auf dem schnellsten Weg. Dieser führt über die GPK. Wenn deren für Ende Mai angekündigter Bericht noch Fragen offenlässt, werden auch wir die Einsetzung einer PUK unterstützen.

Kollege Baader wünscht eine Kundgebung in Form einer Abstimmung, aber er hat noch gar nicht gemerkt, dass es keine Abstimmung gibt, wenn niemand eine solche beantragt. Ich mache Ihnen jetzt die Freude, eine Abstimmung über diese Motion zu beantragen.

Die FDP-Liberale Fraktion wird die Motion ablehnen, denn sie ist nichts anderes als eine populistische Zwängerei.

Häberli-Koller Brigitte (CEg, TG): Es ist nun einmal eine Tatsache – daran kann auch diese Motion, die wir inhaltlich unterstützen, nichts ändern –, dass die parlamentarische Initiative des Büros unseres Rates vom Büro des Ständerates sitiert worden ist. Damit sind wir, was den Entscheid über eine PUK anbelangt, blockiert. Diesen Entscheid gilt es, auch wenn er zu bedauern ist, zu akzeptieren; dies auch aus

Respekt vor unseren Institutionen und unseren Reglementen.

Die Motion wird einen Entscheid zur PUK nicht beschleunigen und auch nicht mehr Transparenz in diese Sache bringen. Wir führen einfach nochmals eine Debatte wie in der ersten Sessionswoche und verbrauchen so wertvolle Sessionszeit, die wir sehr gut für andere Geschäfte einsetzen könnten. Machtspiele zwischen den beiden Kammern sind nicht zielführend und verschlechtern höchstens das Klima im Parlament.

Ob PUK oder GPK ist der Bevölkerung übrigens egal. Wichtig ist doch in erster Linie die Aufklärung aller offenen Fragen und damit die volle Transparenz.

Levrat Christian (S, FR): Il s'agit formellement d'un vote anodin sur une simple motion. Il s'agit formellement de savoir si nous allons ou non instituer une commission d'enquête parlementaire, si nous voulons ou non faire la lumière sur les agissements de Messieurs Ospel, Kurer et consorts. Il s'agit formellement de dire qui, de la Commission de gestion ou d'une commission d'enquête parlementaire, dispose des moyens d'enquête les plus étendus; qui dispose du pouvoir d'engager un juge d'instruction; qui peut entendre des témoins sous menace de poursuite pénale. Nous sommes d'avis que seule une commission d'enquête parlementaire permettra de faire éclater la vérité, de dire pourquoi, une nuit d'octobre 2008, au mépris de toute règle démocratique, le Conseil fédéral a mis 60 milliards de francs à disposition d'UBS; pourquoi la Confédération n'a pas exigé, simultanément, que les dirigeants de la banque soient traduits en justice; pourquoi personne n'a jugé utile d'anticiper les pressions américaines.

Nous devons établir la transparence! La transparence n'est pas qu'une mode, elle n'est pas qu'un impératif moral. C'est un pilier de notre démocratie, une condition au fonctionnement de l'Etat et à la confiance des citoyens. Le plus gros engagement financier de l'histoire de notre pays ne saurait être dissimulé comme une maladie honteuse. Les faits occultés par quelques initiés plus soucieux de garder leur secret que d'exposer leurs actions, doivent être mis à jour et exposés.

Ce vote n'est pas uniquement une affaire formelle ou partisane. Il pose une question fondamentale à laquelle chacun et chacune d'entre vous, parlementaires, doit répondre en son for intérieur: qui représente-t-il dans ce Parlement? Est-ce que vous représentez vos électeurs ou est-ce que vous représentez Marcel Ospel? Est-ce que vous représentez les intérêts d'une majorité ou ceux de quelques privilégiés? Est-ce que vous représentez le peuple ou les banques?

Ce vote va montrer qui mène une politique orientée vers l'intérêt public, qui veut vraiment faire éclater la vérité, établir les faits, déterminer les responsabilités, tirer les conséquences de la débâcle d'UBS. Et il dira aussi qui sont les forces qui préfèrent régler leurs petites affaires dans la discrétion, qui sont les partis dont les liens avec les banques sont tels qu'ils obscurcissent le jugement et sapent l'indépendance et la crédibilité de leurs représentants. Nous allons voter sur notre conception de la démocratie et dire si nous sommes au service de nos compatriotes ou à celui d'établissements financiers disproportionnés et dangereux pour notre place économique.

L'institution d'une CEP est un acte de légitime défense de la population face aux attaques d'UBS. L'institution d'une CEP est un moyen de réclamer que justice soit faite. C'est un instrument par lequel les victimes de la crise peuvent demander des comptes à ses auteurs.

Aujourd'hui, concrètement, des salariés perdent leur emploi, craignent pour leur famille parce que quelques banquiers ont considéré qu'ils étaient au-dessus des lois et ont plongé le monde en récession. C'est à ces hommes et à ces femmes que nous devons la vérité et pour eux que nous devons tout mettre en oeuvre pour établir les faits, nommer et sanctionner les responsables, tirer toutes les conclusions politiques qui s'imposent.

Je vous invite au nom du groupe socialiste à soutenir la motion et à soutenir ensuite l'institution d'une CEP.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Herr Levrat, es ist ja bekannt, dass Sie ein Polemisierer sind – und Sie wollen jetzt die Werte des Parlamentes hervorheben! Ein Mitglied Ihrer Fraktion hat gesagt, die GPK sei eine Hobby-Untersuchungsgruppe.

Sie wollen möglichst schnell Transparenz haben. Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass die GPK den Stift fallen lassen und ihre Untersuchung abbrechen muss, wenn Sie eine PUK einsetzen?

Levrat Christian (S, FR): Zuerst einmal habe ich nicht den Eindruck, hier zu polemisieren, sondern ich stehe für unsere Demokratie ein. Demokratie hat etwas mit Transparenz und Wahrheit zu tun. Demokratie hat etwas mit der Verteidigung des Allgemeininteresses zu tun. Ich verteidige hier die Mehrheit der Bevölkerung, während andere sich damit vergnügen, ein paar Privilegierte zu vertreten.

Lüscher Christian (RL, GE): Monsieur Levrat, vous vous plaignez que justice ne soit pas rendue dans l'affaire UBS, mais est-ce que vous vous rendez compte que vous avez vous-même participé à cette absence de justice en allant déposer une plainte à Zurich sous le regard des caméras et en donnant à la justice un aspect médiatique dont précisément elle ne voulait pas? N'avez-vous pas l'impression que vous avez profité de cette occasion pour servir vos propres intérêts au détriment de ceux de la justice?

Levrat Christian (S, FR): Monsieur Lüscher, tout d'abord, il y a quelque ironie à vous voir vous plaindre de la médiatisation de la justice! Ensuite, au sujet de la question précise de la plainte pénale, je voudrais relever ce qui suit. Durant presque une année, le Ministère public zurichois n'a rien fait; il n'a absolument rien entrepris pour que Messieurs Ospel et Kurer rendent des comptes. Une année s'étant écoulée et après lui avoir laissé la possibilité d'agir par lui-même, nous avons jugé utile que le public se saisisse de cette question. Nous avons aussi jugé utile de poser politiquement la question de savoir s'il était normal que des gens qui ont mis notre pays dans une telle situation, qui ont mis la Confédération en état de violer la loi à deux ou trois reprises à la suite, puissent s'en tirer sans aucune incrimination. Pour moi, ce n'est pas normal, c'est un scandale et c'est choquant! Et vous me pardonnerez de continuer à me battre pour ces convictions-là.

Graf Maya (G, BL): Im Namen der grünen Fraktion beantrage ich Ihnen, der Motion zur Einsetzung einer PUK zuzustimmen. Die Grünen wollen eine PUK, und zwar so schnell als möglich.

Was soll eine PUK? Sie soll die Vorkommnisse und die Handlungen des Bundesrates, der Finma und der Schweizerischen Nationalbank im Zusammenhang mit der Bewältigung der Finanzmarktkrise, der Aufsicht, der UBS sowie der Herausgabe von UBS-Kundendaten untersuchen, wie es auch die Finanzkommission und die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates mit grossem Mehr im Januar dieses Jahres empfohlen haben.

Nur eine PUK hat die finanziellen und personellen Ressourcen sowie den uneingeschränkten Zugang zu Dokumenten des Bundesrates. Es ist festzuhalten, dass die grüne Fraktion die von der GPK geleistete Arbeit damit in keiner Weise schmälern will oder ihr misstraut. Wir anerkennen diese Arbeiten; sie sollen auch in die Arbeiten der PUK mit einbezogen werden. Doch eine PUK und eine GPK sind zwei verschiedene parlamentarische Organe mit verschiedenen Mitteln.

Warum sind die Grünen überzeugt, dass es eine PUK braucht? Ich möchte einige wenige Argumente in Erinnerung rufen. Vergessen wir nicht: Das UBS-Paket war das grösste staatliche Unterstützungspaket aller Zeiten. 68 Milliarden Franken. Wir erlebten die grösste Finanzkrise seit 1929. Mit

der UBS hat eine der Schweizer Grossbanken die Finanzkrise mit angeheizt und damit eine Gefährdung des schweizerischen Finanz- und Wirtschaftsplatzes, des Arbeitsplatzes Schweiz, in Kauf genommen. Betrügerisches Vorgehen der UBS in den USA gefährdet den Finanzplatz Schweiz.

Das Verhalten des Bundesrates in dieser entscheidenden Phase muss nun hinterfragt werden. Was wusste der Bundesrat wann über die Finanzkrise? Was wusste er wann über die betrügerischen Machenschaften in den USA? Was unternahm er jeweils, und wann unternahm er es? Hat er nach dem Stützungspaket seine eigenen Vorgaben gegenüber der UBS im Bereich der Boni durchgesetzt? Hat die Finma respektive die Eidgenössische Bankenkommission ihre Aufsichtspflicht erfüllt? Wurden die gesetzlich vorgesehenen Auflagen gegenüber der UBS jeweils rechtzeitig durchgesetzt? Es gilt noch die beiden Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes vom Januar dieses Jahres zu erwähnen und die Klärung der damit zusammenhängenden Fragen. In beiden Fällen wurde der Bundesrat ins Unrecht gesetzt.

Alle diese Fragen muss eine PUK klären. Nur eine PUK verfügt über das dazu nötige Instrumentarium. Nur sie kann, statt Leute nur anzuhören, Zeugen und Auskunftspersonen im Rahmen einer eigentlichen Untersuchung befragen. Eine PUK ist vom ersten Tag an Herrin des Verfahrens. Sie kann Akten versiegeln, Zeugen nach ihrem Gutdünken vorladen und ist nicht auf den Goodwill des Bundesrates angewiesen. Wer sich gegen eine PUK stellt, setzt sich heute dem Verdacht aus, keine lückenlose Aufklärung zu wollen.

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Präsidentin): Da die Arbeit der Arbeitsgruppe der GPK angesprochen wurde, möchte Herr Veillon als Präsident dieser Arbeitsgruppe eine kurze Erklärung abgeben.

Veillon Pierre-François (V, VD): Permettez-moi, au nom du groupe de travail des Commissions de gestion, de faire une brève déclaration. Le terme de «transparence» a été utilisé plusieurs fois pour qualifier les enjeux de l'affaire UBS, et c'est juste. Mais on nous dit là que la Commission de gestion est moins bien armée qu'une CEP et on nous dit surtout que les résultats auxquels nous allons aboutir seront insatisfaisants. J'aimerais vous dire ici que le groupe de travail issu des Commissions de gestion assume cette transparence.

La Commission de gestion et son secrétariat ont une grande expérience des enquêtes sensibles. Rappelez-vous de l'affaire Nef, de l'affaire Tinner. D'autre part, la méthode de travail des Commissions de gestion est rodée. Plusieurs personnes travaillent à plein temps sur cette enquête depuis une année et le groupe de travail dispose de toutes les informations, y compris les plus sensibles, soit les procès-verbaux des séances du Conseil fédéral, les dossiers personnels des conseillers fédéraux Merz et Widmer-Schlumpf, la correspondance interne avec énormément d'e-mails du Département fédéral des finances. Bref, nous avons toutes les informations. Quant aux personnes invitées, elles sont venues devant le groupe de travail – certaines viendront une deuxième fois –, elles signent le procès-verbal de leur audition, et nous classons ainsi ces procès-verbaux.

Ainsi, le rapport de la Commission de gestion fera toute la transparence sur les questions posées et sur les responsabilités des différents acteurs. La Commission de gestion fera dans son rapport des propositions pour corriger les défauts institutionnels et les dysfonctionnements constatés. Cela concerne les plans organisationnel, fonctionnel et législatif. J'aimerais encore vous dire que si le groupe de travail constate que des questions restent ouvertes à l'issue de ses travaux, sur un aspect ou l'autre de cette enquête, il les listera, il documentera toutes ces questions éventuelles. Notre rapport sera déposé le 31 mai 2010.

Graf-Litscher Edith (S, TG), für das Büro: Es wurde jetzt häufig von Zwängerei, von überflüssiger Diskussion usw. gesprochen. Tatsache ist jedoch: Beim Entscheid, den wir nun fällen, geht es um den gegenseitigen Respekt. Das Büro des

Ständerates hat entschieden, in dieser Session keine Entscheide zu fällen. Das Büro des Nationalrates ist mehrheitlich der Ansicht, dass es sich um Auswirkungen von grosser staatspolitischer Bedeutung handelt und dass deshalb Sie, das Plenum, über den Einsatz einer PUK entscheiden sollen, nicht das Büro.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Mehrheit des Büros, die Motion anzunehmen.

Noch ein Punkt, er ist ganz zentral: Es handelt sich nicht um einen Entscheid gegen die GPK. Es geht einzig und allein darum: Für einen Entscheid von so grosser staatspolitischer Bedeutung müssen einfach die zur Ermittlung der Sachverhalte und zur Beschaffung aller Bewertungsunterlagen nötigen Mittel zur Verfügung stehen – und deshalb ist eine PUK das einzige Instrument.

Parmelin Guy (V, VD), pour le Bureau: Je m'exprime très brièvement. Premièrement, on a beaucoup parlé du respect des institutions dans cette enceinte. D'ailleurs, dans cette terminologie, vous avez la lettre et l'esprit. Il était parfaitement possible pour le Bureau du Conseil des Etats, au lieu de suspendre sa décision et de bloquer tout le processus, de prendre une décision, même négative. Le dossier aurait alors passé devant notre conseil et nous aurions pu avancer. Qu'il l'ait suspendue une première fois, c'était encore compréhensible et cela permettra, quoi qu'il arrive, à la Commission de gestion de terminer son travail. Mais en prenant une décision et en nous renvoyant le dossier, le Bureau du Conseil des Etats aurait préservé au moins l'esprit qui devrait prévaloir lorsqu'on parle du respect des institutions. La façon dont il a procédé a heurté la majorité du Bureau de notre conseil; elle a également choqué la majorité des membres de ce conseil; cela tenait presque de la prise d'otages.

Deuxièmement, la dernière phrase de la motion dont nous discutons aujourd'hui prévoit bien que «la CEP tiendra compte dans son enquête des investigations effectuées à ce jour par les Commissions de gestion». Cela me paraît clair.

Präsidentin (Bruderer Wyss Pascale, Präsidentin): Das Büro beantragt mit 9 zu 4 Stimmen die Annahme der Motion. Frau Huber hat den Antrag gestellt, über die Motion abzustimmen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.3081/3855)

Für Annahme der Motion ... 123 Stimmen

Dagegen ... 39 Stimmen

09.090

Zollerleichterungen und Zollsicherheit. Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft Facilitation et sécurité douanières. Accord avec la Communauté européenne

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 27.11.09 (BBI 2009 8929)

Message du Conseil fédéral 27.11.09 (FF 2009 8091)

Nationalrat/Conseil national 18.03.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Fehr Hans-Jürg (S, SH), für die Kommission: Vom kommenden Jahr 2011 an werden alle Einfuhren von Waren in die Länder der EU und alle Exporte aus diesen anmeldepflichtig. Unternehmen aus Drittstaaten, die mit Unternehmen in einem EU-Land Handel treiben wollen, müssen die von ih-